

Antrag
der Fraktion DIE LINKE.
vom 15.08.11

**An den
Vorsitzenden des Kreistages Offenbach
Kreistagsbüro**

im Hause

Mit der freundlichen Bitte um Weiterleitung an den Kreisausschuß

Einrichtung eines Konversionsfonds – Abrüstung unterstützen statt aufzurüsten

Beschlussvorschlag:

Der Kreis Offenbach unterstützt Abrüstung und die damit in Zusammenhang stehenden notwendigen gesellschaftlichen Transformationsprozesse. Der Kreis Offenbach setzt sich für eine Anhörung im Landtag ein, die eine Bestandsaufnahme der bestehenden universitären Kapazitäten und Kompetenzen und einen konkreten Bedarf für entsprechende Forschungs- und Lehrbereiche ermittelt.

Begründung:

Im Artikel 69 der hessischen Verfassung steht:

„ Hessen bekennt sich zu Frieden, Freiheit und Völkerverständigung. Der Krieg ist geächtet. Jede Handlung, die mit der Absicht vorgenommen wird, einen Krieg vorzubereiten, ist verfassungswidrig.“

Darüber hinaus sind Formulierungen enthalten, die der Friedenssicherung nach innen und außen dienen sollten. Dazu gehören die Artikel 42 und 56.

Insbesondere Artikel 42 Absatz 1 sowie Artikel 56 Absatz 4, 5 und 6 bedürfen der besonderen Aufmerksamkeit.

Der in der hessischen Verfassung verankerte Wortlaut ist eindeutig und lässt keine Missverständnisse zu. Dennoch wird dieser Verfassungsartikel konsequent ausgehöhlt, ignoriert und uminterpretiert. Im Kreis Offenbach befinden sich zurzeit 9 rüstungsunterstützende Unternehmen.

ANTRAG der Fraktion DIE LINKE. – Seite 2-

Einrichtung eines Konversionsfonds – Abrüstung unterstützen statt aufzurüsten

vom 15.08.11

Eine konsequente Abrüstungspolitik, so wie sie im Sinne des Friedens und den Erhalt der Schöpfung betrieben werden kann, erfordert ein gesellschaftliches Umdenken und lokales Handeln. Signalwirkung hätte hierbei die Unterstützung eines Konversionsfonds, der durch gezielte Zuschüsse Forschungsprojekte und Investitionshilfen für die Rüstungskonversion vorantreibt.

Das Ziel wäre ein Programm, das die Umstellung militärischer auf zivile, gesellschaftlich nützliche und umweltverträgliche Produktion und die Vermarktung der neuen Güter fördert. Insbesondere können mittelständische Unternehmen gefördert werden, die den Ausbau dezentraler regenerativer Energien in Know-How und Praxis verwirklichen können.

Die Notwendigkeit der Einrichtung eines Konversionsfonds ergibt sich auch aus geänderten gesellschaftlichen Bedingungen in der Innen- und Außenpolitik. Die Diplomatie gewinnt bei Bedrohungslagen und Sicherheitsbedenken zunehmend an Bedeutung und rechtfertigt zukünftig keine weitere Aufrüstung. Eine kriegsintensive Industrie auf kommunaler Ebene bewirkt eine direkte Abhängigkeit der Wirtschaftskraft von diesem Sektor. Bereits vollzogene Transformationsprozesse der Vergangenheit haben gezeigt, dass diese Abhängigkeit fatale Auswirkungen auf kommunale Haushalte haben kann, wenn militärische Infrastruktur plötzlich wegfällt.

Um eine auf friedliche zivile Zwecke gerichtete Industrie umzusteigen, wird es notwendig, dass der Ist-Zustand dokumentiert und die daraus entstehenden notwendigen Investitions- und Strukturpläne ermittelt werden.

Dafür bedarf es einer Initiative zur Einrichtung eines Forschungs- und Lehrbereichs „Friedenswissenschaften und Konversionsforschung“. Hierbei ist Bestandsaufnahme der bestehenden universitären Kompetenzen und Kapazitäten und die Durchführung einer öffentlichen Anhörung notwendig, um den konkreten Bedarf für entsprechende Forschungs- und Lehrbereiche zu ermitteln.

Mit freundlichen Grüßen

Samina Khan

Geschäftsführerin

Fraktion DIE LINKE. Kreis Offenbach